

Katrin Wodzicki

Euphorie, zerplatzter Traum und neue Hoffnung

Welche politischen Erwartungen an das Internet geknüpft werden



Katrin Wodzicki

(* 1979) erforscht am Institut für Wissensmedien die Potenziale von Social Media für die Gestaltung von Wissensprozessen. Sie ist außerdem Associate bei der Stiftung Neue Verantwortung im Projekt »Neue digitale Gesellschaft«.

k.wodzicki@iwm-kmrc.de

»Netz ohne Grenzen« so titelte DER SPIEGEL 2009. Dieser Titel hätte gut die Anfangerwartungen derer überschreiben können, die eine virtuelle Welt ohne Machtmonopole und mit gleichberechtigter Teilhabe aller entstehen sahen. Stattdessen zeichnete der Artikel das Bild eines entgrenzten Netzes, in dem jeder tut und lässt, was er will, ohne Gesetz und Ordnung. Wie sahen die Utopien der Anfangsjahre konkret aus? Warum platzte der Traum? Welche Positionen gibt es heute?

Die politischen Hoffnungen waren euphorisch. Die Vernetzung über alle Bevölkerungsschichten und Landesgrenzen hinweg versprach lokale Probleme global sichtbar zu machen. Die Metapher der »Welt als Dorf« – geprägt von Marshall McLuhan – wurde populär. Ein virtueller Raum ohne Hierarchien und physische Gewalt versprach, dass alle gleichberechtigt teilhaben und Einfluss nehmen könnten, ohne durch Gewaltmonopole daran gehindert zu werden. Wenn alle auf Augenhöhe miteinander kommunizierten, sollten Argumente rational gegeneinander abgewogen und Entscheidungen gemeinsam getroffen werden. Ein basisdemokratischer Traum! Diese Vorstellungen kamen unter anderem in der *Declaration of the Independence of Cyberspace*, die von John Perry Barlow 1994 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos vorgetragen wurde, und dem *Cluetrain Manifesto* von 1999 mit 95 Thesen zum digitalen Zeitalter, das von zahlreichen namhaften Internetakteuren unterschrieben wurde, zum Ausdruck.

In der Realität stießen diese politischen Hoffnungen jedoch schnell an ihre Grenzen. Gleichberechtigte Teilhabe in einem rationalen Diskurs fand kaum statt. Schnell kristallisierte sich heraus, dass einflussreiche Offline-Akteure auch online Einfluss haben. So finden sich *spiegel.de* und *bild.de* laut einer aktuellen Statistik (*alexa.com*, Ranking für Deutschland, Juli 2011) unter den zehn am häufigsten besuchten Internetseiten in Deutschland. Aber nicht nur existierende Offline-Akteure finden sich im Netz wieder. Neue mächtige Online-Akteure entstanden, allen voran Google und Facebook. Auch soziale Ungleichheiten gibt es im Netz. Oft treten sie dort sogar in verstärkter Form auf – *digital divide* oder digitale Spaltung genannt. Minderheiten und ökonomisch schlechter Gestellte nutzen das Netz deutlich seltener. Auch wer kein Englisch versteht, ist im Netz weniger aktiv.

Diese Entwicklungen sind nur allzu verständlich. Der Mensch ist ein soziales Wesen. Soziale Hinweisreize wie Status oder Gruppenzugehörigkeiten helfen in sozialen Interaktionen ein angemessenes Verhalten auszuwählen und auf

diese Weise erfolgreich zu handeln. Diese Mechanismen werden auch wirksam, wenn online Entscheidungen getroffen werden (»*spiegel.de* oder *bild.de*?«). Ebenso orientieren sich Menschen am Verhalten anderer (»Meine Freunde nutzen Facebook, also nutze ich es auch.«). Diese Orientierungspunkte sind nicht nur funktional, sie helfen auch, nicht bei jeder Entscheidung Stunden mit dem Abwägen von Vor- und Nachteilen zu verbringen.

Auch offline haben soziale Hinweisreize eine große Bedeutung für die Interaktion mit bestimmten Personen. So spricht man mit der Chefin anders als mit dem Kollegen. In einem Vorstellungsgespräch ist man mehr auf den äußeren Eindruck bedacht als bei einem Ausflug mit Freunden. Sozialpsychologische Studien haben gezeigt, dass soziale Hinweisreize in der computervermittelten Interaktion mitunter noch größere Wirkung entfalten – auch wenn sie dort teilweise reduziert auftreten. Orientierung bietet, was man über seine Interaktionspartner weiß. Online-Diskussionen verstärken so häufig Meinungsäußerungen in Richtung der Überzeugungen der diskutierenden Gruppe. Ist unter den Interaktionspartnern die Chefin zu erkennen, agiert man entsprechend angepasst. Auf diese Weise übertragen sich die »klassischen« sozialen Interaktionsmuster auch in den virtuellen Raum.

Bei all dem wird das Netz vornehmlich jedoch nicht zur politischen Kommunikation genutzt. Es überwiegt die private Kommunikation mit Familienangehörigen und Freunden (z.B. bei Facebook, Platz 2 der Top-Webseiten in Deutschland), viele suchen nach Entertainment (z.B. Videos ansehen bei YouTube, Platz 4) oder nutzen das Netz für kommerzielle Aktivitäten (z.B. Stöbern und Einkaufen bei eBay, Platz 5, oder Amazon, Platz 7; Stand: Juli 2011).

Aufgrund möglicherweise starker Einflussnahme von Randgruppen bei gleichzeitigem Desinteresse breiter Teile der Bevölkerung ist die politische Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern über das Netz mit Risiken verbunden. Auch können Online-Interaktionen aufgrund ihrer Eigendynamik in unendlich lange Beratungsprozesse münden, die nicht zwangsläufig zu besseren Lösungen führen. Hinzu kommt die Angst, dass Prozesse technisch manipuliert werden könnten.

Sollten wir das Netz bei politischen Prozessen aussparen?

Die Technologien des Netzes haben sich weiterentwickelt: Heute werden kollaborative Prozesse durch sogenannte Social Media unterstützt. Wikis ermöglichen die gemeinsame Erstellung von Texten. In Foren werden Meinungen kommentiert und diskutiert. Informationen werden ausgetauscht, bewertet, sozial ausgehandelt und integriert. Diese Prozesse müssen keinesfalls anonym und planlos ablaufen, sondern können durch Moderation gelenkt werden.

These 1: Das Netz unterstützt Aushandlungsprozesse und fördert dadurch Akzeptanz und Verantwortungsübernahme. Social Media können politische Aushandlungsprozesse unterstützen. Diese Chance haben inzwischen eine Reihe von Städten und Kommunen erkannt und sogenannte Bürgerhaushalte eingerichtet (z.B. www.bonn-packs-an.de). Weitere Kommunen wollen nachziehen. Über das Instrument Bürgerhaushalt können Bürgerinnen und Bürger in die finanziellen Entscheidungen einer Kommune einbezogen werden, sei es

durch Vorschlagseingaben oder Abstimmungen zu Mittelvergaben. Wer Bürgerinnen und Bürger dabei einbezieht, bietet diesen die Chance, sich mit Entscheidungen zu identifizieren und lokale Verantwortung zu übernehmen. Dies sollte bereits bei Kindern und Jugendlichen anfangen. Sie müssen früh an Beteiligungsmöglichkeiten herangeführt werden. Die brasilianische Stadt Recife – jüngst prämiert für ihre Form der Bürgerbeteiligung – bindet beispielsweise bereits Schülerinnen und Schüler ein, in dem diese über den Mitteleinsatz für die Ausstattung und Renovierung ihrer Schulen mitentscheiden.

These 2: Das Netz ermöglicht es Kompetenzen und Expertisen einzubinden und fördert dadurch die Quantität und Qualität von Lösungen. Social Media können die Intelligenz der Massen nutzbar machen – als sogenanntes Crowdsourcing derzeit in aller Munde. Bürgerinnen und Bürger werden in Problemlösungsprozesse einbezogen. So werden Lösungen häufiger gefunden und deren Qualität verbessert. Auch hierfür existieren bereits

»Das Internet bietet Bürgerinnen und Bürgern die Chance, sich mit Entscheidungen zu identifizieren und lokale Verantwortung zu tragen.«

Beispielprojekte in Deutschland. So wurden auf der Webseite www.essen-soll-leiser-werden.de Ideen für Lärmschutzmaßnahmen gesammelt und ein Lärmaktionsplan entwickelt. Auf der Webseite www.maerker.brandenburg.de können Brandenburgerinnen und Brandenburger Infrastrukturprobleme an ihre Kommune melden. Städte und Kommunen in Deutschland werden

mit vielfältigen Herausforderungen sowie finanziellen Engpässen konfrontiert. Bürgerinnen und Bürger in die Bewältigung der Herausforderungen einzubinden, erhöht die Wahrscheinlichkeit, kreative Lösungen zu finden, um die knappen finanziellen Mittel optimal auszuschöpfen.

These 3: Das Netz unterstützt die Transparenz politischer Prozesse und fördert dadurch die Legitimation politischer Entscheidungen. Politische Prozesse und Entscheidungen werden öffentlich. Bürgerinnen und Bürger können ihren Verlauf verfolgen und aktiv begleiten. Sie können politische Prozesse nachvollziehen und verstehen. Sie erkennen Abhängigkeiten zwischen verschiedenen Entscheidungsalternativen und lernen, dass begrenzte Mittel möglichst optimal eingesetzt werden müssen. Initiativen für die digitale Unterstützung von Verwaltungsprozessen (Stichwort E-Government) und für die freie Verfügbarkeit von öffentlichen Daten (Stichwort Open Data) fördern die Transparenz politischer Abläufe in ähnlicher Weise wie Formen aktiver Einbindung und steigern die Legitimation von politischen Prozessen.

Amerikanische Studien zeigen: Internetnutzer sind auch offline kommunikativer und sozial besser integriert. Sie lesen häufiger Zeitungen, diskutieren mehr über aktuelle Themen mit Verwandten und engen Freunden, gehen häufiger wählen und nehmen vermehrt an sozialen Offline-Aktivitäten teil. Längsschnittstudien bestätigen, dass das Medium Internet die soziale Integration fördert.

Bürgerinnen und Bürger können selbst aktiv werden, um politische Akteure für ihre Interessen zu sensibilisieren und zu aktivieren. Durch soziale Netzwerke im Internet entstehen neue Vernetzungsfunktionen, die es ermöglichen, in nie dagewesener Weise, Gleichgesinnte zu finden und sich zu Interessengruppen zusammen zu schließen. Über diese Netzwerke lassen sich Unterstützer mobilisieren – für ad hoc-Aktionen und darüber hinaus. Digitale Grassroot-Kampagnen sind Beispiele dafür: Den »Offenen Brief von Doktoranden an die

Bundeskanzlerin« im Plagiatsfall Karl-Theodor zu Guttenberg unterschrieben innerhalb von vier Tagen 50.000 Menschen.

Die Auswirkungen des Internets auf unser Zusammenleben werden nichtsdestotrotz kontrovers diskutiert. Klassische Organisationen werden unattraktiver. Die Mitgliederzahlen der Volksparteien in Deutschland sinken kontinuierlich. Gleichzeitig entstehen neue Formen des Engagements, wie die erwähnten online organisierten ad hoc-Aktionen. Engagement erscheint immer stärker themenzentriert und weniger an bestimmte Organisationen gebunden. Diese Zentrierung des Engagements um persönlich bedeutsame Themen spiegelt sich auch im Erfolg der Bürgerhaushalte wider. Die lokale Ebene ist greifbarer und betrifft Bürgerinnen und Bürger direkt. Diese können hier selbst aktiv werden und Verantwortung übernehmen. Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger erfordert allerdings auch die Bereitschaft Verantwortung zu teilen. Dies verändert das Verhältnis von Politik und Bürgerschaft. Staatliche Macht und Kontrolle werden in ihrer bisherigen Form in Frage gestellt. Neue Formen einer kollaborativen Demokratie müssen gefunden werden.

Das Phänomen der digitalen Spaltung stellt ein nicht zu unterschätzendes Problem dar. Noch immer besteht in bestimmten Regionen kein Zugang zu Breitbandnetzen. Zusätzlich fehlt die Förderung einer zielgerichteten und selbstgesteuerten Nutzung von Onlineangeboten. Hier werden Programme benötigt, die bereits im Kleinkind- und Grundschulbereich ansetzen, sowie durch zielgruppenspezifische Förderung auch Senioren und Migranten ansprechen.

Teilweise scheinen Online- und Offline-Welt parallel zu verlaufen. Diese Trennung gilt es aufzulösen: Keine Online-Aktion wird Offline-Effekte erzielen ohne Verbindung zwischen diesen Welten. Da politische Partizipation nicht ausschließlich online stattfindet, müssen Offline- und Online-Aktivitäten Hand in Hand gehen. Das Netz kann nur ein zusätzlicher Kommunikationsweg sein, worin auch eine Chance zur Überwindung der digitalen Spaltung liegt: Ein vielfältiges Angebot sich einzubringen erhöht die Reichweite von politischer Partizipation.

Potenziale ausschöpfen, Barrieren überwinden

Unsere Gesellschaft wird immer wieder vor gesamtgesellschaftliche Herausforderungen gestellt. Das Netz bietet die Möglichkeit, den Einzelnen aktiver in Problemlösungen einzubinden und die Kompetenzen der gesamten Bevölkerung für die Bewältigung der Herausforderungen zu nutzen. Einbindung und Transparenz fördern die Akzeptanz und stärken die Legitimation von politischen Entscheidungen. Voraussetzung jedoch ist, dass alle Bevölkerungsgruppen repräsentativ eingebunden werden und die Bereitschaft da ist, Verantwortung zu teilen. Gruppen haben das Potenzial bessere Entscheidungen zu treffen als Individuen. Die Prozesse der Einbindung müssen allerdings aktiv gestaltet werden. Von- und miteinander lernen ist dabei ganz zentral, um neue Formen einer kollaborativen Demokratie zu erproben und stetig zu optimieren, eine wissenschaftliche Begleitung kann dies unterstützen. Instrumente der kommunalen Bürgerbeteiligung bieten hier einen ersten Lern- und Erprobungsraum. Gleichzeitig kann das Netz nur ein Puzzlestück in einem vielfältigen Angebot von Offline- und Online-Beteiligungsmöglichkeiten sein.